



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

PRESSEMITTEILUNG

AGDF und EAK: Joachim Gauck hätte ein Zeichen setzen können

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) haben bedauert, dass der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck bei seiner Verabschiedung nicht auf einen Großen Zapfenstreich der Bundeswehr verzichtet. Entsprechende Forderungen hatte es von unterschiedlicher Seite gegeben.

„Angesichts einer wachsenden Militarisierung der europäischen und auch der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik hätten wir uns hier schon ein deutliches Zeichen gewünscht“, meint Jan Gildemeister, der Geschäftsführer der AGDF. Und der EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf betont: „Hier hätte Bundespräsident Joachim Gauck, auch als Theologe, unterstreichen können, dass Zivil vor Militär geht.“

Die beiden evangelischen Friedensverbände erinnerten daran, dass Bundespräsident Gustav Heinemann 1974 bewusst auf ein militärisches Zeremoniell bei seiner Verabschiedung aus dem Amt verzichtet hatte und stattdessen zu einer Bootsfahrt einlud. „Das wäre doch ein positives Signal aus Deutschland an die Welt gewesen, in einer Zeit, in der militärische Interventionen, Aufrüstung und Säbelrasseln die weltpolitische Debatte bestimmen“, ist Jan Gildemeister überzeugt. Und weiter: „Bei seiner Antrittsrede hat Gustav Heinemann damals gesagt, dass der Frieden der Ernstfall ist. Ein ähnlich deutliches Zeichen hätte sein Nachfolger jetzt setzen können.“

Wolfgang Burggraf verwies auf einen Offenen Brief der „Solidarischen Kirche im Rheinland“, die bereits im Oktober den Bundespräsidenten gebeten hätte, bei der Verabschiedung auf einen Großen Zapfenstreich der Bundeswehr zu verzichten. „Dem haben wir uns verbunden gefühlt und darum hat die EAK damals diesen Brief auch mit unterzeichnet. Und dazu stehen wir noch immer. Aber leider ist Bundespräsident Joachim Gauck dem Anliegen nicht gefolgt“, so der EAK-Geschäftsführer.

15. März 2017/dj